



Über 50 Mitglieder der Bürgerinitiative „Soziale Stadt“ haben am Mittwochabend die Debatte über die Ausgleichsbeträge im Sanierungsgebiet verfolgt.

Ruhe in der „Sozialen Stadt“

Rat lenkt auf Druck der Bürgerinitiative ein und lässt Verwaltung alle Möglichkeiten prüfen

Die Anwohner wollen ihren Protest endgültig einstellen, wenn alle Zusagen auch umgesetzt worden sind.

has Leer. Es herrscht Ruhe in der „Sozialen Stadt“. Zumindest vorläufig, nachdem der Stadtrat am Mittwochabend einen großen Schritt auf die Bürgerinitiative zugegangen ist. In der Bürgerinitiative haben sich die allermeisten Hauseigentümer der Oststadt zusammengeschlossen, weil sie keine Ausgleichsbeträge zahlen wollen. Ausgleichsbeträge werden eventuell fällig, wenn Grundstücke durch die Sanierung im Wert steigen.

Bislang hieß es stets, den Forderungen der Hauseigen-

tümer stünden eindeutig Gesetzesregelungen entgegen, die im Baugesetzbuch formuliert sind. Da sei nichts zu machen.

Jetzt erkennt die Bürgerinitiative die Bemühungen der Politiker an, wenigstens den Spielraum zwischen den Paragraphen zugunsten der Eigentümer auszunutzen. Eins zu eins konnte der Stadtrat die Wünsche der betroffenen Anwohner aus rechtlichen Gründen zwar nicht umsetzen, aber mit ihren Protesten haben sie einen Teilsieg errungen, wie Bernd Meyer von der Bürgerinitiative sagt. Endgültig wollen die Hauseigentümer ihren Protest aber erst dann einstellen, wenn die am Mittwoch gemachten Zusagen auch umgesetzt worden sind.

Die Bürgerinitiative hatte

ursprünglich verlangt, dass die Eintragung eines Sanierungsvermerks in den Grundbüchern gestrichen wird, dass sie zweitens keine Ausgleichsbeträge für eine eventuelle Wertsteigerung der Grundstücke zahlen müssen und das drittens einzelne Grundstücke aus dem Sanierungsgebiet herausgenommen werden.

Am weitesten kam den Hauseigentümern dabei immer die CDU, vor allem CDU-Ratsmitglied Paul Foest entgegen. Sie hatte bis zuletzt auch eine Deckelung der Ausgleichsbeträge auf 3 Euro pro Quadratmeter gefordert.

Die Ratsmehrheit mit SPD und Grünen hat am Mittwochabend aber einen Antrag beschlossen, der von der SPD-Fraktion gestellt worden ist.

Damit wird die Verwaltung jetzt beauftragt,

- eine Bodenrichtwertkarte zur möglichen Höhe der Ausgleichsbeträge erstellen zu lassen, sobald der Rat über den Rahmenplan für die Sanierung beschlossen hat;

- zu prüfen, ob bei einer geringfügigen Bodenwerterhöhung für einzelne Grundstücke, für Teile oder auch das ganze Sanierungsgebiet die Möglichkeit besteht, auf Ausgleichsbeträge zu verzichten;

- nach Ermittlung des Ausgleichsbetrages alle Möglichkeiten zu prüfen, ob in Einzelfällen auch Ausgleichsbeträge verzichtet werden kann, wenn dies im öffentlichen Interesse ist oder zur Vermeidung ubilliger Härten geboten ist;

- zu prüfen, ob Ausgleichsbeträge schon vor dem Abschluss der Sanierung festgesetzt werden können.